Leipziger Tageblatt
und
Handels-Zeitung
Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Morgen-Ausgabe

Bezugspreise: für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure 2maltäglich ins Haus gebracht: monatlich 1.25 M., vierteljährlich 3.75 M. Bei der Geschäftsstelle, unseren Filialen und Ausgabestellen abgeholt: monatlich 1 M., vierteljährlich 3 M. Durch die Post: innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., ausschließlich Postbestellgeld. Das Leipziger Tageblatt erscheint werktags 2mal, Sonn- u. Feiertags 1mal. In Leipzig, den Nachbarorten und den Orten mit eigenen Filialen wird die Abendausgabe noch am Abend des Erscheinens ins Haus geliefert. Berliner Redaktion: In den Zelten 17, Fernsprech-Anschluß: Moabit Nr. 407.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8. • Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694.

108. Jahrgang

Anzeigenpreise: für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 1spaltige Petitzeile 25 Pf., die Reklamezeile 1 M., von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 M., Kleine Anzeigen die Petitzeile nur 20 Pf. b. Wiederhol. Rab., Inserate von Behörden im amtlichen Teil die Petitzeile 30 Pf. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschrift im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagen: Gesamtauf. 5 M. das Tausend ausschl. Postgebühr.

Anzeigen-Annahme: Johannisgasse 8, bei sämtlichen Filialen des Leipziger Tageblattes und allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Geschäftsstelle für Berlin u. die Pr. Brandenburg: Direktion Walter Fliegel, Berlin S. 14, Dresdener Straße 97. Fernsprech-Anschluß: Moritzplatz 10721.

Nr. 345. Freitag, den 10. Juli. **1914.**

Das Wichtigste.

* Im weiteren Verlaufe seiner Landesreise besuchte König Friedrich August gestern die Orte Lichtenstein und Seiffen. (S. bes. Art.)

* **Der elsässische Karikaturist Joh. Jakob Waltz genannt Hansi wurde gestern vom Reichsgericht wegen Anreizung zu Gewalttätigkeiten und Beleidigung zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.** (S. bes. Art.)

* Ein halbamtlich beeinflußter Aufsatz des „Berl. Lok." fordert die Solidarität Europas gegen die großserbische Propaganda. (S. bes. Art.)

* Kaiser Franz Joseph hat die Beschlüsse des österreichischen Ministerrats über den neuen Kurs in Bosnien genehmigt. (S. bes. Art.)

* Die Carranza-Partei hat Verhandlungen mit Huerta abgelehnt. (S. d. bes. Art.)

* Im Schlosse von Neuwied werden Vorbereitungen für die Ankunft des Fürsten Wilhelm von Albanien getroffen. (S. d. bes. Art.)

* In Galizien waren am 1. Juli acht Landesverratsprozesse wegen Spionage zugunsten Rußlands anhängig. (S. Ausland.)

* Die türkisch-griechische Auswanderungs-Kommission hat ihre Arbeit aufgenommen. (S. d. bes. Art.)

* Die Werra führt Hochwasser und hat die angrenzenden Wiesen überschwemmt. (S. Nachr. v. Tage.)

Rudolf v. Bennigsen.

Zum 90. Geburtstag.

Von Dr. **Richard Jacobi.**

Als am 10. Juli 1894 Bennigsens 70. Geburtstag in Hannover festlich begangen wurde, betonte die Glückwunschadresse des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei, Bennigsen habe sich das unbegrenzte Vertrauen nicht bloß der Fraktion und der Partei, sondern weit darüber hinaus im deutschen Volk erworben und werde es in guten und bösen Tagen bis ans Ende bewahren. Es war das keine halb unwahre Geburtstagsfloskel; es war die Feststellung einer Tatsache.

In den letzten Jahren seines Wirkens ragte Bennigsen wie eine schon historische Gestalt aus großer Zeit in die kleinere Gegenwart hinein. Männer, deren Zukunft in der Vergangenheit liegt, genießen leicht persönliche Autorität und ein Vertrauen, das die Herzen öffnet und die Zunge löst. Bennigsen erfreute sich dessen aber von Anbeginn. Daß er schon im ersten Jahre seiner politischen Tätigkeit in Führerstellung gestanden, seine ganze imponierende Persönlichkeit, bezwingende Rednergabe, staatsmännischer Blick, diplomatische Geschicklichkeit — alle diese Begabungen verhalfen ihm zu Ansehen und Einfluß überall, wo er in eine Gemeinschaft hineintrat. Die herzliche Verehrung aber und das tiefe Vertrauen, die ihm dargebracht wurden, sie galten nicht dem großen Redner, dem erfolgreichen Parlamentarier, sondern dem Menschen, dem Grundzug seines Charakters: der Reinheit seines Wollens und der Uneigennützigkeit seines Strebens. Er war frei von aller persönlichen Streberei und darum auch von allen unsachlichen Nebenabsichten, frei auch von der milderen Form des Ehrgeizes, der den Dienst an der Sache von der führenden Stellung der eigenen Person nicht zu trennen vermag.

Das Zurückstellen der eigenen Person war bei Bennigsen ein vielleicht unerläßliches Attribut seiner vornehmen Natur, seiner inneren Bescheidenheit, seines Zartgefühls. Der Mann, der sehr schroff werden konnte, wo ihm Streberei und Aufgeblasenheit entgegentrat, der um der Sache willen auch mit scharfen Hieben dreinschlug, er scheute alles, was als eine Tat um des eigenen Vorteils willen gedeutet werden konnte. Man wird Bennigsen nie völlig gerecht werden, nie ganz verstehen, wenn man diesen tiefsten Zug seines Wesens nicht berücksichtigt. Auf ihn ist schon die Verschlossenheit zurückzuführen, die die Eltern an dem Knaben oft beklagten.

Bennigsen war eine innerliche Natur. Seine Gefühle und Gedanken verarbeitete er in sich selbst, suchte sich darüber klar zu werden und die Konsequenzen zu ziehen. Doch er war kein Einsiedler und kein Duckmäuser. Wo er Anker geworfen, hielt er fest, da öffnete sich mitteilsam sein Herz. So vor allem Planck gegenüber, der ihm, trotz großer Verschiedenheiten der Betrachtungsweise, im tiefsten Innern, in der Reinheit der Gesinnung eine durch und durch konguniale Natur war. Beiden lag Streberei und Eitelkeit jeder Art meilenfern. Die Betätigung in der Politik war ihnen Herzenssache, Gewissenspflicht. Aus diesen ethischen und seelischen Grundlagen seines Wesens versteht man erst in vollem Maße Bennigsens ganze Art in der Politik, in der Taktik vor allem.

In sorgfältiger Abwägung betrachtete er die Dinge von großen Gesichtspunkten und möglichst in weltgeschichtlichen Zusammenhängen. Kein einseitiger, eigensinniger Doktrinär, kein Mann, der an Nebendingen haften blieb; auf die große Sache kam's ihm an, aufs Wesentlichste allein. Das Wesentlichste aber war ihm von Anfang an der große deutsche nationale Staat. Um Hannover eine etwas liberalere Regierung zu verschaffen, würde er den Kampf nicht aufnehmen, das erklärte er den Freunden schon 1856. Hätte die Nation ihre Einheit machtvoll wiedergefunden, dann würde sie bestimmt auch der deutschen Freiheit eine Stätte bereiten; in der alten partikularistischen Enge und Ohnmacht könne die Freiheit nicht gedeihen. Darum zuerst Einheit und Macht.

Auf dieser Gedankenfolge fußt seine Kompromißpolitik. Die Grundlegung seiner ganzen deutschen Politik ist ein Kompromiß zwischen Ideal und Wirklichkeit, zwischen Zukunftshoffnungen und Gegenwartsforderungen. Die nationale Bewegung von 1848/49 war gescheitert (Bennigsen hat es wiederholt selbst ausgeführt) an der vollkommenen, doktrinären Verleugnung der großen herangewachsenen Macht des preußischen Staates und der Monarchie der Hohenzollern. Unter dem Einfluß dieser Erkenntnis ist Bennigsen stets, in bewußtem Gegensatz zum Radikalismus und Doktrinarismus, eingetreten für den Ausgleich der Bedürfnisse des historischen Staates und der Ideale des Liberalismus. Die Gründung des Nationalvereins ging davon aus, und die der nationalliberalen Partei hatte die Verwirklichung solchen Ausgleichs zum Zweck. Sie betätigte sich unter Bennigsens Führung in diesem Sinne von den Verfassungsberatungen und vom ersten Septennatskompromiß an bis zur letzten großen Flottenvorlage, für die die nationalliberale Partei unter Bennigsens Führung 1898 eintrat.

Diese Kompromißpolitik ist oft und lebhaft kritisiert worden. Bennigsen sprach gelegentlich selbst in launiger Weise über den Titel des Vaters der Kompromisse, der ihm verliehen sei. Aber diese Bennigsenschen Kompromisse haben das Scheitern der neuen deutschen Verfassung und erneute Militärkonflikte und manches andere Schlimme verhütet und damit den friedlichen und ersprießlichen Gang der deutschen Entwicklung erst ermöglicht.

Von den mühevollsten Kompromissen hat man „draußen" oft erst nach Jahren etwas vernommen. Das waren die innerhalb der Partei selbst, wo Doktrinäre und Realpolitiker, Radikale und Gemäßigte und schließlich Schutzzöllner und Freihändler gar manchmal entgegengesetzten Standpunkt vertraten. In Bennigsen und Lasker waren die Gegensätze personifiziert. Doch ist es unzutreffend, Bennigsen als Haupt eines rechten Flügels zu reklamieren. Bennigsen hielt die Mitte, wie Gustav Freytag sagte. Bis dann 1880 die Spaltung in der Partei eintrat, gefördert von den wirtschaftspolitischen Differenzen, mit denen rein politische Absichten bei Bismarck sowohl als auch in der Partei Hand in Hand gingen.

Bennigsen gehörte zu der nicht übermäßig großen Zahl von Politikern, die sich mit eisernem Fleiß weiterbilden. Die deshalb nicht unentwegt nach alten Heften arbeiten, sondern sich nicht scheuen zuzulernen, umzulernen. So waren es aus neuen Erkenntnissen erwachsene Anschauungen, die es ihm ermöglichten, ja ihn nötigten, den gewandelten Bestrebungen Bismarckscher Politik zu folgen. Aber dabei war freilich, über den besonderen Fall hinaus, so bei dem wirtschaftspolitischen Umschwung, die Erwägung mitbestimmend, daß man Bismarck durch gewährte Unterstützung davon abhalten müsse, an der Spitze einer klerikal-konservativen Mehrheit seine Pläne durchzusetzen. Die Möglichkeit und die Tendenz dazu waren vorhanden, seit dem Tode Pius' IX. und seitdem der alte Kaiser seiner Abneigung gegen weitere „liberale Expertimente" immer deutlicheren Ausdruck gab.

Diese Abneigung machte sich gelegentlich der Verhandlungen Bismarcks mit Bennigsen wegen Uebernahme eines Ministerpostens besonders scharf geltend. Man darf heute wohl sagen, an dieser Stimmung des Kaisers wäre das Projekt eines Ministeriums Bennigsen schließlich doch gescheitert, selbst wenn Bennigsen seine von Bismarck für unannehmbar erklärten Bedingungen nicht gestellt hätte. Aber auch soweit sich damals die sachlichen und persönlichen Verhältnisse übersehen ließen, hat Bennigsen richtig gehandelt, daß er das Angebot, allein in das preußische Ministerium einzutreten, ablehnte.

Den Kompromissen, der Ausgleichspolitik im ganzen, fehlt ja meist das Imponierende; oft liegt etwas von Schwäche, Halbheit, Widersprüchen in ihrer Betätigung. Auch Miquel klagt 1883 in einem Brief an Bennigsen, er habe seit Jahren den Mangel empfunden, daß die Partei keine einheitliche Initiative hätte, sondern immer nur Stellung zu Regierungsvorlagen nahm. Das hängt in der Hauptsache mit dem Wesen der Mittelpartei zusammen; daneben haben ja bei der nationalliberalen Kompromißpolitik noch mancherlei besondere Umstände mitgewirkt. Aber daraufhin gegen Bennigsen den Vorwurf schwächlicher Nachgiebigkeit zum Schaden des Liberalismus zu erheben, ist völlig haltlos; es ist direkt abgeschmackt, einem Manne gegenüber, der seine liberale Grundauffassung und seinen aufrechten Sinn von Anfang bis zu Ende bewiesen hat, von seinem scharfen Auftreten gegen Borries bis zu seinem Kampf gegen die Zedlitzsche Schulvorlage, in dem er die erfolgreiche Führung übernahm, obwohl er Oberpräsident war und dem Abgeordnetenhause gar nicht angehörte. Und noch in seinem letzten Jahre als Oberpräsident war der damalige Minister des Innern, von der Recke, so gereizt über Bennigsens liberale Betätigung im Parlamente, daß Miquel wie Hammacher fürchteten, es könnte gegen ihn eingeschritten werden.

Wo etwas Wesentliches auf dem Spiele stand für die nationale Einheit oder für den Liberalismus, da war Bennigsen allemal der aufrechte Kämpfer, der keine Rücksichten persönlicher Art kannte; dem aber auch bei solchem Kampfe die Partei nicht Selbstzweck war, und der es ablehnte, jeden einzelnen politischen Akt unter die Lupe der Parteidoktrin zu nehmen.

Bennigsen nimmt in der historischen Erinnerung seinen Platz ein als Wegebereiter und Erfüller der deutschen Sehnsucht nach Einheit und Freiheit. Sein Andenken wird nicht erlöschen, solange es eine deutsche Geschichte gibt. Aber darüber hinaus ist von entscheidender Wichtigkeit für unsere politische Zukunft, daß wir auch das Beispiel nicht vergessen, das er als Parteimann und Parteiführer gegeben in jenem scharfen Kampfe gegen einseitigen Parteigeist, der sich an die Stelle des Ganzen setzen möchte. Es gibt Größere als Bennigsen in der Geschichte, Größere in der Politik. Aber wo ihn nur wenige erreichen, das ist die harmonische, ungetrübte Verbindung edlen Menschentums mit dem Amte des Politikers und Parteiführers. Er hat den Beweis geführt, daß die Reinlichkeit der Gesinnung, die Selbstlosigkeit des Handelns und die Keuschheit des ganzen Wesens auch in dem oft niederziehenden politischen Kampfe bestehen, wenn sie nur echt sind.

Ein Klassiker ist Rudolf v. Bennigsen im politischen Führertum, im parlamentarischen Rednertum, im vornehmen Menschentum. Von denen, die bei ihm redlich in die Lehre gehen, wird mancher abgehalten werden, sich als politischer Futurist auf Kosten der Gesamtheit auszuleben. Möge der echte Bennigsensche Geist durch die Zeiten in uns weiter wirken, dann ist der deutsche Liberalismus davor gesichert, in kleinlichem Philistertum zu verkommen oder in dem Wolkenkuckucksheim eines radikalen Doktrinärismus ein unfruchtbares Leben zu führen.

Oesterreich und Serbien.

Der neue Kurs in Bosnien vom Kaiser Franz Joseph gebilligt.

Das „Neue Wiener Tagblatt" erfährt aus Ischl, der Kaiser habe den von dem gemeinsamen Ministerrat für die innere Lage in Bosnien in Aussicht genommenen Kurs genehmigt. Demnach werde in Bosnien eine Reihe von Veränderungen verwaltungsrechtlicher Natur auf dem Gebiete der Polizei, der Schule und des Versammlungswesens zu gewärtigen sein, womit zugleich eine straffere Handhabung der Grenzpolizei zu erwarten sein werde.

Der Schritt bei dem serbischen Kabinett werde in kürzester Zeit erfolgen. Er werde, wie mit Bestimmtheit gesagt werden kann, keinen Eingriff in staatliche Hoheitsrechte Serbiens enthalten. Nichts werde der serbischen Regierung zugemutet, was als ein Affront oder eine Demütigung gedeutet werden könnte. Daher sei zu erwarten, daß die serbische Regierung den österreichischen Forderungen auf Bestrafung der an der Anstiftung des Attentats beteiligten Personen und auf Vorkehrungen zur Abstellung jener Uebelstände, deren Weiterbestand einen korrekten Nachbarverkehr ausschließen würde, voll und ganz Rechnung tragen werde. In der Demarche wird die serbische Regierung aufgefordert werden, gewisse Sicherheiten zu bieten, daß auch in Serbien zukünftig die großserbische Propaganda auf dem Gebiete der Monarchie seitens der serbischen Regierung nicht nur nicht begünstigt, sondern möglichst verhindert werde.

Scharfe deutsche Töne gegen Serbien.

In einem ersichtlich inspirierten Artikel schlägt der „Berl. Lok. Anz." außerordentlich drohende Töne gegen Serbien an. Der Artikel geht davon aus, daß zurzeit noch untersucht würde, wieweit private oder gar offizielle Persönlichkeiten des Königreichs Serbien an der Tat von Serajewo beteiligt wären. Dann fährt er fort:

„Sollte diese Mitschuld erwiesen werden, so würde sich nicht nur die von ihr unmittelbar betroffene Donaumonarchie mit Entrüstung auflehnen und mit vollem Recht Sühne heischen, auch die ganze gesittete Welt würde sich in diesem Falle mit Abscheu gegen die serbische Nation wenden. In Deutschland aber, das in Serajewo einen treuen Bundesgenossen verloren hat, würde dann jeder Schritt, den man von Wien aus gegen die Schuldigen unternimmt, volle moralische Unterstützung finden, und auch das amtliche Deutschland würde hierbei gewiß nicht nachstehen. So müßte sich unsere Nibelungentreue aufs neue betätigen. Und darum kann es nur gutgeheißen werden, daß die Regierung des Kaisers Franz Joseph offensichtlich entschlossen ist, die Ergebnisse der Untersuchung mit Ruhe abzuwarten, um ihr weiteres Verhalten danach einzurichten. Wir irren wohl nicht, wenn wir die Annahme aussprechen, daß auch in anderen Staaten, in denen gesittete Auffassungen vorherrschen, diese Haltung der Donaumonarchie als unanfechtbar angesehen wird. Denn nicht nur Oesterreich-Ungarn, nicht nur Deutschland, sondern das gesamte Europa, sei es monarchisch oder republikanisch gesinnt, sei es germanisch, romanisch oder slawisch, muß ein berechtigtes Interesse daran haben, zu wissen, **ob sich in seinem berüchtigten politischen Wetterwinkel wirklich ein Staatswesen findet, das nicht nur den Mord seiner eigenen Staatsoberhäupter betreibt, sondern seine Mordwaffe auch gegen Fürstlichkeiten anderer Staaten richten läßt."**

Wir haben, wie gesagt, Grund zu der Annahme, daß in diesen Sätzen die Auffassung der Berliner amtlichen Kreise wiedergegeben wird. Nach unserer Kenntnis ist von diesen Auffassungen auch bereits die Petersburger Regierung verständigt worden.

Weitere Haussuchungen bei serbischen Studenten.

München, 9. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Auch in München und anderen süddeutschen Städten haben bei serbischen (studentischen und anderen) Komitees Haussuchungen wegen Verdachtes der Zugehörigkeit zu geheimen Verbindungen stattgefunden.

In Leipzig ist entgegen anders lautenden Meldungen lediglich ein einziger serbischer Student von der Polizei vernommen worden, da er sich in höchst ungebührlicher Weise über den Anschlag in Serajewo geäußert hatte.

Neue Beweise für die serbische Schuld?

Wien, 9. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Wie die „Reichspost" erfährt, wurden auf den bosnischen Bahnen serbische Manifeste verstreut, die König Peter als den König aller Serben proklamieren und Bosnien für Serbien reklamieren. — Die „Reichspost" erfährt aus der Untersuchung über die Mordtat in Serajewo, daß Beweise vorliegen, wonach der vorbereitete Anschlag das **Signal zu allgemeinen Unruhen der österreichischen Serben** werden sollte.

Serbien kompromittiert.

Dem „Berl. Tagebl." wird aus Wien gemeldet: Das Ergebnis der Untersuchung in Serajewo ist derart, daß unbedingt diplomatische Schritte nach Abschluß der Untersuchung in Belgrad erfolgen werden. Da Serbien durch die Untersuchung stark kompromittiert erscheint, soll es aufgefordert werden, die Verschwörer zur Verantwortung zu ziehen und Sicherheiten dafür zu geben, daß die großserbische Propaganda auf dem Gebiet der österreichisch-ungarischen Monarchie von der serbischen Regierung verhindert werde.

Serbische Anklagen.

Wien, 9. Juli. Das k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet aus Belgrad: In der fortschrittlichen „Pravda" wird behauptet, daß die Trauer um den Erzherzog Franz Ferdinand in Oesterreich nicht aufrichtig gewesen sei, nur die Trauer seiner Kinder sei echt gewesen. Auch die Katholiken und Mohammedaner suchten nur politische Vorteile zu erringen.

„Balcan" führt aus, Oesterreich-Ungarn sei selbst schuld. Wenn man ihn vor dem Unglück hätte bewahren wollen, so hätte man ihn davon abhalten müssen, Serajewo an dem serbischen Nationalfeiertag zu besuchen. Nach allem scheine es glaublich, daß gerade diejenigen, die Serbien für das Attentat verantwortlich machen wollten, die Nachricht von dem Tode des Erzherzogs mit größter Freude aufgenommen hätten.

Der Hauptmitarbeiter des Blattes „Balcan", der frühere Anarchist Ticvaric, führt aus: Man trauere gar nicht um die Person des Thron-